

**Freddy CREMER**  
**ProDG-Fraktion**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**PDG, 28. Juni 2021**

**Dokument 55 (2020-2021) Nr. 3**

**Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an die Föderalregierung und die Europäische Kommission in Bezug auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Mercosur-Staaten**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

Internationale Handelsverträge und Assoziierungsabkommen haben in den letzten Jahren einen schlechten Leumund. Sie werden von vielen als eine Bedrohung für die Umwelt, das Klima, den Verbraucherschutz und sogar als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen. Gegen Internationale Handelsabkommen formiert sich stets eine massive Opposition.

Internationale Handelsabkommen polarisieren die öffentliche Meinung. Zwischen denen, die diese Vertragswerke lediglich als Instrumente internationaler Konzerne zur Gewinnmaximierung abkanzeln, und denen, die darin einen Hebel zur Steigerung des allgemeinen Wohlstands sehen, existiert ein breites Meinungsspektrum

Dies war beispielsweise beim umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) der Fall. Auch in den belgischen Parlamenten gab es heftige Reaktionen. Erst nach kontroversen Debatten stimmte das Parlament der Wallonischen Region, das sich zuerst mehrheitlich gegen eine Ratifizierung ausgesprochen hatte, schlussendlich dem Vertragswerk zu, nachdem mehrere Zusatzerklärungen und Garantien ausgehandelt wurden.

Dabei handelt es sich bei Kanada um ein Land, in dem es Umwelt-, Qualitäts- und Verbraucherschutzstandards gibt, die durchaus mit europäischen Standards vergleichbar sind.

Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP - Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den USA und der Europäischen Union ist erst gar nicht zustande gekommen und es ist sehr fraglich, ob es auch nach der Abwahl von Donald Trump überhaupt eine Wiederaufnahme der Verhandlungen geben wird.

Im vorliegenden Handelsabkommen ist alles noch ungleich schwieriger, denn es handelt sich um zwei sehr ungleiche Handelspartner mit ganz unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen. Das Mercosur-Abkommen ist ein Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den vier Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay. Nach 20 Jahren Verhandlungen wurde im Juni 2019 eine Einigung erzielt und seitdem schlägt die Debatte über die Ratifizierung dieses Vertrags hohe Wellen.

Es ist ein **Déjà-vu-Erlebnis**. Die gleiche Mobilisierung von Befürwortern und Gegnern des Abkommens, die scheinbar gleichen unversöhnlichen Fronten, die gleiche Polemik.

Dies zeigte sich auch in den zwei Anhörungen in Ausschuss I von Sachverständigen der europäischen und nationalen Ebene und von Sachverständigen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Es ist unmöglich, in einer 10minütigen Stellungnahme **alle Argumente, die für eine Annahme oder für eine Ablehnung** dieses Assoziierungsabkommens genannt wurden, zu wiederholen. Vieles wurde aber auch schon vom Berichterstatter und vom Kollegen Nelles gesagt.

Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass wir uns fraktionsübergreifend sachlich und konstruktiv mit dem von Kollegen Nelles hinterlegten Resolutionsvorschlag in vielen Ausschusssitzungen auseinandergesetzt haben.

Beste Beleg für dieses, ja ich würde fast sagen, Paradebeispiel parlamentarischer Streitkultur ist die Tatsache, dass wir uns auf einen abgeänderten Resolutionstext einigen konnten, der schlussendlich von fünf Fraktionen dieses Hauses angenommen wurde.

Ich möchte in den kommenden Ausführungen nur auf einige Aspekte eingehen, die der ProDG-Fraktion besonders wichtig waren.

In der Anhörung vom 14. September 2020 sagte Pierre d'Argent, Professor für Völkerrecht an der Katholischen Universität Löwen, dass, und ich zitiere aus dem Bericht **„ein Handelsabkommen nie ein 'perfektes Werk', sondern immer ein Kompromiss zwischen gegenläufigen Interessen sei. [...] In ein Handelsabkommen die perfekte Welt oder die eigenen politischen Bestrebungen hineinprojizieren zu wollen, sei ein notwendigerweise zum Scheitern verurteiltes Ansinnen und eine Quelle der Enttäuschung.“** (S. 15)

Der ProDG-Fraktion war es von Anfang an wichtig, dass die mit dem vorliegenden Vertragswerk verknüpften Vor- und Nachteile sachlich und ausführlich dargestellt wurden. Eine inhaltliche formelhafte Verkürzung - „Fleisch gegen Autos“ - betrachten wir nicht als eine solide Grundlage für eine nuancierte Einschätzung des

vorliegenden Vertragsentwurfs.

Wichtig ist, so formulierte es im Ausschuss Patrick Van Gheel vom Föderalen Dienst Außenbeziehungen, eine „informierte Debatte“ zu führen – über die europäische Handelspolitik im Allgemeinen und das EU-Mercosur-Abkommen im Besonderen. (Bericht S. 10).

In geraffter Form möchte ich einige Aspekte kurz darlegen.

1. Multilaterale Abkommen, und das gilt auch für Freihandelsabkommen, sind ein probates Mittel gegen Protektionismus und nationalstaatlichen Egoismus. Die Präsidentschaft von Donald Trump, der die USA aus multilateralen Vereinbarungen herauslöste, hat zur Genüge gezeigt, zu welchen internationalen Verwerfungen eine Politik führt, die einzig das nationalstaatliche Interesse zum Maßstab des politischen Handelns hat.

In einer globalisierten Welt sind multilaterale Abkommen ein stabilisierender Faktor.

2. Genau so deutlich muss aber gesagt werden, dass das ausgehandelte Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten **nicht im Widerspruch oder gar in Konkurrenz zu anderen richtungsweisenden politischen Prioritäten der Europäischen Union stehen darf**. So muss beispielsweise ein solcher Vertrag in Einklang stehen mit den Zielvorgaben des im Dezember 2015 vereinbarten Pariser Klimaabkommens oder mit dem im Dezember 2019 von der EU-Kommission vorgestellten European Green Deal, dessen Ziel es ist, die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu machen. Auch wenn diese internationalen Verträge erst in den letzten Jahren ausgehandelt wurden, gilt es, diese in den EU-Mercosur-Vertragsentwurf zu integrieren.

Und da die **EU sich auch als eine Wertegemeinschaft** versteht, in der Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und Verbraucherschutz eine wesentliche Bedeutung haben, muss sich der ausgehandelte Vertragsentwurf auch daran messen lassen, inwiefern diesen Prioritäten darin Rechnung getragen wird.

Auch wenn ein solch komplexes Assoziierungsabkommen, wie eben gesagt, immer nur ein Kompromiss sein kann, muss man sich darin einig sein, **dass gewisse Positionen nicht verhandelbar sind**.

3. Da der vorliegende Vertragstext in wesentlichen Kapiteln – z.B. Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Biodiversität, Landwirtschaft, internationales Arbeitsrecht, Schutz indigener Bevölkerungen, Pestizideinsatz, Streitschlichtung und Sanktionsmöglichkeiten - große Defizite aufweist, sind **Nachverhandlungen und substantielle Verbesserungen** am Vertragstext absolut erforderlich. Mit kleinen kosmetischen Korrekturen oder Zusatzerklärungen wird es nicht getan sein.

Diese Forderung nach Neu- oder Nachverhandlungen ist aber keineswegs mit einer grundsätzlichen Ablehnung gleichzustellen. Ein Nichtzustandekommen dieses EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens hätte nicht nur große wirtschaftliche, sondern auch bedeutende politische Auswirkungen.

Das Handelsvolumen zwischen der EU und Mercosur hat aktuell einen Umfang von 122 Milliarden Euro. Die wirtschaftlichen Folgen eines Scheiterns dürfen also keineswegs unterschätzt werden; in jedem Fall würde die Position der EU im Welthandelsgefüge dadurch deutlich geschwächt.

Mehrere Experten, die im Ausschuss angehört wurden, wiesen darauf hin, dass ein solches Vertragswerk auch **als strategische Möglichkeit** verstanden werden muss, um europäischen Standards, Normen und Werten mehr Geltung in einer bedeutenden Region der Welt zu verschaffen?

Patrick Van Gheel hob diese „**geostrategische Bedeutung**“ hervor und verwies darauf, dass die Zusammenarbeit auch Bereiche wie Menschenrechte, Umweltschutz, Abrüstung und Maßnahmen zum Kampf gegen die Klimaerwärmung umfasse. Es wäre fatal, wenn die EU diesen Hebel nicht nutzen würde und anderen Akteuren wie beispielsweise der Volksrepublik China, deren Standards, Normen und deren Wertekanon weit von europäischen Maßstäben abweichen, das Feld einfach überlassen würden. Ich zitiere einen Satz von Van Gheel aus dem Ausschussbericht: „Mit dem Handelsabkommen erhalte man einen Hebel, einen Raum für Dialog und ein Druckmittel, mit dem man – sicherlich nicht schon morgen – weitere Staaten und Regionen der Welt in den Einflussbereich der Standards und Werte der EU ziehen könne.“(S. 14)

4. Um einer Überarbeitung des Vertrags überhaupt eine Chance zu geben, wurde der im ursprünglichen Resolutionsvorschlag geforderte radikale Ausschluss des gesamten Bereichs Landwirtschaft aus dem Assoziierungsabkommen im nun vorliegenden Resolutionstext nicht übernommen. Denn dies wäre einer glatten Ablehnung des Vertrags gleichgekommen. Da es sich aber bei der Landwirtschaft um einen Kernbereich der Daseinsvorsorge handelt, wurden diesbezüglich deutliche sogenannte Pre-Ratifizierungsbedingungen in den Resolutionstext aufgenommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich würde mir wünschen, dass dieses Assoziierungsabkommen zustande kommt. Dies ist aber mit **dem aktuell vorliegenden Vertragstext**, der in allzu vielen Kapiteln große Unzulänglichkeiten aufweist, nicht möglich. Daher bedarf es seitens der EU-Kommission einer neuen Verhandlungsrunde mit den südamerikanischen Partnern.

Aus diesem Grunde haben wir neben der Regierung der Deutschsprachigen

Gemeinschaft und der Föderalregierung auch die EU-Kommission als weiteren Adressaten dieser Resolution hinzugefügt.

Die ProDG-Fraktion wird dieser Resolution zustimmen.

Freddy CREMER

ProDG-Fraktion

